

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandteil: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Königstr. 10, Dresden
Telefon: 20011
Schreibweise: C. Neubauer
Dresden, W. 1, Kurlandstr. 28/29

Druckgröße bei täglich zweimaliger Herausgabe monatlich 1.20 Bl. (einschl. 70 Wg. für Werbung), bei wöchentlichem Erscheinen 1.00 Bl. (einschl. 60 Wg. für Werbung) (ohne Belegstellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 Wg. Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wg., bei mehrmaliger 40 Wg., bei 90 mm breiter Zeile 300 Wg., außerhalb 350 Wg. abh. Anzeigenpreis lt. Tarif. Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 20 Wg. Offertengeld 30 Wg. Kautionshöhe gegen Beauftragung.

Preis z. Bezugs: Durch 8 Wochen, Dresden, Postfach 10, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung (Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte Sendungen werden nicht zurückgeschickt.

Sardien zeigt kein Entgegenkommen

Die Unterredung mit Botschafter Radolny

Paris, 1. März. Der Unterredung, die Sardien am Montag mit dem Botschafter Radolny hatte, mißt man in den Pariser Morgenblättern größte Bedeutung bei. Es wird allgemein erklärt, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung der Wehrmacht des gegenseitigen Meinungsaustausches gemessen sei.

Vertinag betont im „Echo de Paris“, daß es sehr zweifelhaft sei, ob man gerade in der Gleichberechtigungfrage zu einer Verständigung gelange.

Sardien habe im Verlaufe der Unterredung auch nicht veräußert, Radolny darauf aufmerksam zu machen, daß die französische Regierung gerade in dieser Frage unachgiebig bleiben würde. Nichtsdestoweniger, so betont der außenpolitische Berichterstatter des Blattes, werde man wohl oder übel in absehbarer Zeit vor der Alternative stehen, entweder die deutsche Zustimmung zu den Spezialklauseln der Abrüstung mit einer Schwächung der französischen Armee zu bezahlen, oder aber die Stärkung des französischen Heeres zu betreiben und auf der anderen Seite Deutschland gewisse militärische Zugeständnisse zu machen.

„Petit Parisien“ betont, daß der deutsche Vertreter von der Offenheit, mit der Sardien zu ihm gesprochen habe, sehr beeindruckt gewesen sei und den Wunsch ausgedrückt habe, sich zu einer Verständigung zu gelangen.

Der „Figaro“ glaubt zu wissen, daß Sardien darauf hingewiesen habe, Frankreich sei bereit, das Abkommen von 1920 in gewissen Punkten einer Veränderung zu unterziehen, er könne aber niemals zugeben, daß an den Grundlinien dieses Abkommens irgend etwas geändert werde.

Sardien hat in Genf kurz vor seiner Abreise nach Paris der Presse einige Mitteilungen über seine letzten Verhandlungen gemacht. Er betonte, daß er sich mit dem Botschafter Radolny offen über die schwebenden Fragen unterhalten habe. Die Unterredung sei in durchaus freund-

lichem Geiste verlaufen. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten beständen jedoch weiter. Auf seiner Seite bestehe die Absicht, die Lage weiter zu verschärfen.

Die großen grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, die mit dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes zusammenhängen, würden auf den Abschluß der Konferenz verschoben werden.

Man wolle die mit diesem Artikel zusammenhängenden Schwierigkeiten erst am Ende der Konferenz beraten. Die sachlichen Verhandlungen würden daher zunächst mit dem Kapitel 2 des Abkommensentwurfes über die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände beginnen. Dieses Kapitel berühre die internationalen Fragen, so daß hierbei die Sicherheitsfrage und die französischen Vorschläge behandelt werden würden.

Paris, 1. März. Ministerpräsident Lardieu, der heute früh aus Genf in Paris eingetroffen ist, berichtete am Vormittag im Ministerrat über die Genfer Verhandlungen.

François-Poncet legt sein Mandat nieder

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die aus Paris gemeldet wird, daß der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, entschlossen, endgültig in die diplomatische Karriere überzutreten. François-Poncet ist nämlich Parlamentarier und kann nach dem französischen Parlamentsgesetz nur höchstens für sechs Monate mit einer diplomatischen Auslandsmission betraut werden. In den nächsten Tagen läuft diese Frist ab. Der „Petit Parisien“ meldet, daß François-Poncet sein Mandat als Vertreter eines Pariser Stadtviertels in der Kammer niederlegen wird.

Der Lappoaufmarsch mißglückt?

Reval, 1. März. Nach den letzten Meldungen aus Finnland hat sich die Lage der Regierung insofern verbessert, als nunmehr scheint, daß die Mobilisation der Lappolente nicht einheitlich durchgeführt werden konnte und daß anscheinend innerhalb der Lappobewegung ein gewisser Gegenatz besteht. Während die Lappolente aus Süd- und Mittelfinnland dem Mobilisationsbefehl Folge leisteten und sich in den vorher bestimmten Quartieren sammelten, ist die Mobilisierung in den übrigen Landesstellen nicht durchgeführt worden. Das finnische Blatt „Helsingin Sanomat“ meldet, daß die Regierung Ostbeide gegen Kollia, Wallenius und andere Lappoführer erlassen hat. Am Montagabend wurde das Lappoblatt „Ajan Saana“ beschlagnahmt.

Nach einer Meldung aus Helsingfors sind im Garten der Villa des Oberkommandierenden der finnischen Armee fünf Männer verhaftet worden, die allem Anschein nach der Lappobewegung angehören und einen Aufschlag ausführen wollten. Einer der Verhafteten war im Besitze einer Schusswaffe. — Wie weiter verlautet, hat der finnische Staatspräsident Verhandlungen mit den Lappoführern abgelehnt.

Eine Entschließung des Reichslandbundes

Berlin, 1. März. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm heute eine Entschließung an, in der festgestellt wird, die nationale Opposition habe die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Dittler und Duesterberg beantwortet.

Der Reichslandbund stehe im Lager der nationalen Opposition.

Er werde seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition dürfe nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Der gemeinsame Kampf richte sich gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.

Pressenotverordnung und Wahlkampf

Berlin, 1. März. Aus dem Reichsinnenministerium und der preussischen Staatsregierung wird mitgeteilt, daß Reichsregierung und Preussenregierung auf dem Standpunkt stehen, während des Wahlkampfes die Presse-notverordnungen möglichst milde zu handhaben. Allerdings ist man an zuständiger Stelle der Auffassung, daß bei verleiherischen Angriffen und verächtlich machenden Äußerungen aufs schärfste durchgegriffen werden muß.

Kraftwagenunfall Duesterbergs

Hannover, 1. März. Als Oberleutnant Duesterberg mit zwei Begleitern im Kraftwagen mit hoher Geschwindigkeit die Eisenriede entlang zur Stadthalle fuhr, löste sich plötzlich das linke Vorderrad des Wagens vollkommen ab. Der Kraftwagen senkte sich zur Seite und lief auf der Straße weiter, hin und her schlenkernd und sich umdrehend, bis er zum Stillstand gebracht werden konnte. Es ist kaum erklärlich, daß der Wagen nicht umgefallen ist. Duesterberg und seine Begleiter blieben unverletzt.

Ermordung eines Stationsvorstehers

Sondelfingen (Oberamt Neulingen), 1. März. Der hiesige Stationsvorsteher Veit wurde heute nacht in seinem Dienstzimmer mit Schusswunden und Stichen im Körper tot aufgefunden. Die Kasse soll unverletzt sein. Das Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

Die Mittelstandsvertreter beim Preiskommissar

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. März. Die von der Versammlung des Reichsartikels des selbständigen Mittelstandes gebildete Kommission ist noch gestern nachmittag wegen Senkung der Elektrizitätspreise sowie der übrigen Wertgebühren der öffentlichen Tarife und Abgaben mit dem Preiskommissar in Verhandlungen eingetreten. Die Kommission macht dem Preiskommissar auf die Gefahr aufmerksam, die aus einem einseitigen Eingriff auf die Preise erwachsen müßte.

Während die einzelnen Fachgruppen des selbständigen Mittelstandes bisher Verhandlungsobjekt des Preiskommissars gewesen seien, hätte man sich an die kommunalen Gesellschaften und Syndikate und an die öffentliche Hand wenig oder gar nicht herangewandt.

Der Preiskommissar habe gegenüber dem Handel, Handwerk und Gewerbe rücksichtslos verordnet und gegenüber den Gemeinden und der öffentlichen Wirtschaft nur gebeten. Beim Brot und bei anderen Lebensmitteln kreie sich der Preiskommissar mit den Fachorganisationen um einen Pfennig, während ihm die Straßenbahnfahrpreise und andere öffentliche Tarife als kein geeignetes Objekt für Preisüberwachung erscheinen. Entweder der Preiskommissar greife mit derselben Energie die Syndikatspreise und die Tarife und Gebühren an, oder aber seine Verordnungen würden in Zukunft von keinem Menschen ernst genommen werden.

Dr. Goerdeler erwiderte,

daß von 1014 Elektrizitätswerten 842 ihre Preise senken hätten. Allerdings seien diejenigen, die noch nicht senken hätten, die größten Werte, so u. a. die Berliner Elektrizitätsversorgung. Die öffentlichen Tarife weiter zu senken, habe er sich als besonderes Gebot vorbehalten. Es sei selbstverständlich, daß der gewalttätige Eingriff in jeder Weise nur dann Zweck habe, wenn er auf der ganzen Linie, also auch bei der öffentlichen Hand erfolge. Die Mittelstandsvertreter erklärten, daß die Beschränkung und der Umfang dieser Maßnahmen bestimmend sein würde für die Ausdehnung oder aber die Beendigung der jetzt im ganzen Reich zunehmenden Lichtrellebewegung.

Zum Bierstreik auch Lichtstreik in Berlin

Berlin, 1. März. Die Berliner Gaswerke haben den Beschluß des sofortigen Eintritts auch in den Lichtstreik gefaßt. Man will den Lichtstreik mit sofortiger Wirkung so durchführen, daß die Außenbeleuchtung der Parks ganz und die Innenbeleuchtung auf das allernotwendigste beschränkt werden soll. Die Einrichtung einer Ersatzbeleuchtung durch Petroleum oder Kerzen dürfte im Hinblick auf die feuerpolizeilichen Vorschriften nicht in Frage kommen. Große Empörung hat bei den Berliner Gasarbeitern die Ankündigung der preussischen Regierung ausgetrigger, für den Tag der Reichspräsidentenwahl ein Alko-

holverbot zu erlassen. Man hat angeregt, im Falle einer solchen Maßnahme es abzulehnen, die Gastwirtschaften in der üblichen Weise als Wahllokale bereitzustellen.

Der Bierstreik unverändert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. März. Die Lage im Bierstreik hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert. Bislang ist noch nicht entschieden, ob die Bemühungen der Reichsorganisation des Deutschen Gastwirtsverbandes um Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung von Erfolg begleitet sein werden. Am morgigen Mittwoch wird der Verband der Brauereien die endgültigen Beschlüsse über den Umfang der am Freitag vorzunehmenden Entlassungen in den Brauereibetrieben fassen. Man rechnet damit, daß für die Aufrechterhaltung der Flaschenbierverorgung der Umgebung Berlin sowie für die Flaschenbierverorgung und die Notstandsarbeiten etwa ein Drittel der bisherigen Beschäftigten notwendig sein werden, so daß zwei Drittel der Arbeiterschaft, etwa 4500 Mann, zur Entlassung kommen müßten.

Japan nimmt die Ratsvorschläge an

London, 1. März. Nach britischen Meldungen aus Tokio hat sich die japanische Regierung entschlossen, die Genfer Vorschläge für die Einberufung einer Vermittlungskonferenz in Shanghai für annehmbar zu erklären. Außenminister Takikawa teilt mit, daß die von dem Präsidenten des Völkerbundesrats gemachten Vorschläge nicht mit der japanischen Politik in Widerspruch ständen. Die japanischen Vertreter in Genf sind von der Entscheidung der japanischen Regierung unterrichtet worden.

Frühere Meldungen aus Tokio besagten, daß die Japaner die an Bord des englischen Flaggschiffes „Kent“ zwischen den chinesischen und japanischen Vertretern erörterten Vorschläge als unannehmbar betrachteten, da sie die gleichzeitige Zurückziehung der chinesischen und der japanischen Truppen vorsehen.

Erneute Angriffe auf Tschapei

Shanghai, 1. März. 10.45 Uhr vormittags. Um 8.30 Uhr vormittags gingen die japanischen Streitkräfte an der ganzen Tschapeifront erneut zum Angriff vor. Sie brangen allmählich im Bezirk des Hongfeng-Parkes in südlicher und westlicher Richtung vor. Die Chinesen leisteten

erbitterten Widerstand. Auch an der Kiangwan-Front ist ein Angriff im Gange. Japanische Flugzeuge und Artillerie werfen ununterbrochen Bomben auf Tschapei.

An der Jangtsekmündung wurden 12.000 Mann japanische Truppen gelandet. Es wird vermutet, daß diese Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generals Schirokawa stehen, die chinesische Front hinter den Wunanshoris umgehen sollen.

Nach einer Reutersmeldung aus Shanghai hat die chinesische Handelskammer die Wiedereröffnung der chinesischen Kaufhäuser beschlossen.

45 Seiten Abrüstungsvorschläge

Genf, 1. März. Außenminister Benesch hat als Berichterstatter des Hauptausschusses die ihm übertragene Ausarbeitung einer Uebersicht über die der Abrüstungskonferenz unterbreiteten Vorschläge fertiggestellt. Diese Uebersicht bildet ein umfangreiches Dokument von 45 Seiten, das heute dem Büro der Konferenz unterbreitet und dann den Delegationen zur Beratung übergeben wird.